

Eric Seils

## Beschäftigungswunder und Armut

Deutschland im internationalen Vergleich

Im westeuropäischen Vergleich sticht die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes erstens durch das Nebeneinander von beeindruckendem Beschäftigungswachstum und zunehmender Arbeitsarmut hervor. Zweitens kombiniert die Entwicklung in der Bundesrepublik sinkende Arbeitslosigkeit mit steigender Armutsgefährdung der verbleibenden Arbeitslosen. Der Beitrag geht den Ursachen dieser beiden Entwicklungen nach.

### 1 Einleitung<sup>1</sup>

Der deutsche Arbeitsmarkt zeichnet sich seit dem Jahre 2004 insbesondere im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn dadurch aus, dass die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit sinkt. In der aktuellen Finanzkrise hat sich diese Divergenz deutlich verstärkt. Während in den betroffenen Ländern schwere Beschäftigungseinbrüche zu verzeichnen sind, sinkt die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik rasch. Analysiert man die soziale Lage der Erwerbsbevölkerung, dann zeigt sich, dass die deutschen Beschäftigungserfolge mit einem hohen sozialen Preis verbunden waren: In den Einkommensjahren 2004 bis 2009 ist die Arbeitsarmut und die Armut unter Arbeitslosen stärker als in allen anderen EU-Staaten gestiegen.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie die Armut in der Erwerbsbevölkerung steigen kann, wenn die Beschäftigung zunimmt. Es wird gezeigt, dass der Anstieg der Arbeitsarmut nicht auf die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, sondern auf eine wachsende Armutsgefährdung aller Beschäftigungsformen zurückzuführen ist. Mit Bezug auf die Entwicklung der Armut unter Arbeitslosen wird gezeigt, dass ein Anstieg der Arbeitslosenquote zumindest kurzfristig die Armut unter Arbeitslosen senkt. Dies ist der Fall, weil Menschen arbeitslos wer-

---

<sup>1</sup> Ich danke Claus Schäfer für wertvolle Kommentare zu früheren Versionen des Papiers. Die verbleibenden Fehler gehen zu meinen Lasten.

den, von denen vermutet werden kann, dass sie ihren Anspruch auf eine Versicherungsleistung noch nicht erschöpft haben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine sinkende Arbeitslosigkeit (zumindest kurzfristig) mit einem Anstieg der Armutsquote unter Arbeitslosen verbunden sein wird. Öffentliche Aufwendungen für Arbeitslose können die Armut in der Gruppe der Arbeitslosen reduzieren. Allerdings ist in der Bundesrepublik in dieser Richtung fast nichts unternommen worden.

Im folgenden Abschnitt werden Datengrundlagen und Definitionen erläutert. Der dritte Abschnitt stellt das Puzzle dar. Im vierten Abschnitt wird das Zusammenspiel von Arbeitsmarkt- und Armutsentwicklung analysiert. Abschließend wird ein Fazit gezogen

## 2 Messung und Datengrundlage

Die Messung von Armut im internationalen Vergleich ist ein komplexes Unterfangen. Dieses Papier folgt dem zum Standard gewordenen Ansatz der Europäischen Union. Danach gelten Personen als „armutsgefährdet“, wenn sie in einem Haushalt leben, dessen bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen („Nettoäquivalenzeinkommen“) weniger als 60 Prozent des nationalen Medianwertes beträgt. Dies bedarf der Erläuterung:

Erstens spricht die EU von „Armutgefährdung“, weil Indikatoren, welche auf dieser Operationalisierung beruhen, Niedrigeinkommen messen. Armutgefährdung wird also mit Einkommensarmut gleichgesetzt. Einflussreichen Stimmen zufolge ist für Armut jedoch nicht nur ein geringes Einkommen, sondern auch ein dadurch ausgelöster Mangel an gesellschaftlicher Einbindung bestimmend (European Commission 2012: 99-104; Ringen 2006 [1987]: 140-165). Phasen geringen Einkommens können z.B. kurzfristig ohne schwerwiegende Auswirkungen auf die materielle Lebenslage sein. Dies wird etwa regelmäßig bei Studenten der Fall sein. Allerdings gibt es jenseits dieser monetären Abgrenzung auch keinen allgemein anerkannten und praktikablen Standard dafür, was Armut bedeutet. Aus diesem Grunde werden die Begriffe „Armutgefährdung“ und „Armut“ in diesem Papier synonym verwendet.

Zweitens ist Armut ein Haushaltsphänomen. Dementsprechend wird Armutgefährdung auf der Ebene des Haushaltes gemessen, in dem das verfügbare Nettoeinkommen gepoolt wird. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird daher eine Bedarfsgewichtung vorgenommen, als deren Ergebnis sich das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen ergibt, welches jeder Person des Haushaltes zugewiesen wird (Deckl 2011: 151; Deckl 2010). Ob eine Person in Armut lebt, hängt davon ab, ob ihr Nettoäquivalenzeinkommen über oder unter der Armutsschwelle von 60 Prozent des Median-

Nettoäquivalenzeinkommens<sup>2</sup> des jeweiligen Landes liegt. Die Armutsgefährdung hängt also (außer bei Einpersonenhaushalten) nicht vom individuellen Einkommen einer Person, sondern vom Gesamteinkommen des Haushaltes und dessen Zusammensetzung ab. Das hat zur Folge, dass z.B. eine arbeitslose Frau, welche kein Arbeitslosengeld erhält, aber mit ihrem gut verdienenden Ehemann zusammenlebt, nicht unbedingt in Armut lebt.

Drittens ist die Armutsschwelle von 60 Prozent des nationalen Median-Nettoäquivalenzeinkommens letztlich nichts anderes als eine durch die EU willkürlich gesetzte Schwelle. Aus diesem Grunde stellt Eurostat auch Armutsdaten zur Verfügung, die auf anderen Schwellen wie z.B. dem 40-, 50- oder 70-Prozent-Niveau liegen. Je höher die Armutsschwelle liegt, desto mehr Haushalte und Personen werden als armutsgefährdet angesehen.

Viertens ist es für das Verständnis der folgenden Analysen wichtig zu beachten, dass bei der Armutsmessung das Erhebungsjahr und das Einkommensjahr auseinander fallen können. Eurostat erhebt im Rahmen des *European Survey on Income and Living Conditions* (EU-Silc) international standardisierte Daten zum verfügbaren Haushaltseinkommen für die Länder der EU<sup>3</sup> und einige weitere Staaten. Die erste Erhebungswelle unter Einschluss der Bundesrepublik fand 2005 statt. Die Welle des Jahres 2010 stellt den aktuellen Rand dar. In den meisten Ländern wird dabei nach dem Jahreseinkommen des *Vorjahres* gefragt. Dementsprechend beziehen sich auch die Angaben zur Armut in einer Erhebungswelle auf das entsprechende Vorjahr (Eurostat 2012). Für die meisten europäischen Länder inklusive der Bundesrepublik (DEU) liegen daher Daten für die Periode von 2004 bis 2009 vor. Die folgenden Analysen berücksichtigen dies, indem Arbeitsmarktdaten für einen entsprechend zugeschnittenen Zeitraum verwendet werden. Irland (IRL) und Großbritannien (GBR) stellen Ausnahmen dar. In diesen beiden Ländern findet eine kontinuierliche Erhebung statt. Die Konsequenz ist, dass Erhebungs- und Einkommensjahr zusammenfallen. Im Falle Großbritanniens führt dies in den folgenden Analysen dazu, dass nur der Zeitraum von 2005 bis 2009 betrachtet werden kann, weil keine Einkommensdaten für das Jahr 2004 vorliegen. In Irland können – wie in den anderen Ländern auch – die Einkommensjahre 2004 bis 2009 betrachtet werden. Für Rumänien wurden Armutsdaten erstmalig in der Welle des Jahres 2007 mit Bezug auf das Einkommensjahr 2006 erhoben. Auch dies wird in den Analysen berücksichtigt.

---

<sup>2</sup> Der Median oder auch Zentralwert ist der mittlere Wert einer nach der Größe geordneten Verteilung. Der Median ist nur ausnahmsweise mit dem arithmetischen Mittel (Mittelwert, Durchschnitt) identisch. Wenn eine Gesellschaft aus drei Personen besteht, bei denen die erste über ein Nettoäquivalenzeinkommen von 1000 Euro, die zweite über 2000 Euro und die dritte über 96.000 Euro verfügt, dann beträgt der Median 2000 Euro. Der Mittelwert liegt hingegen bei 33.000 Euro. Dies zeigt beispielhaft, dass der Median weniger durch extreme Werte beeinflusst wird als das arithmetische Mittel. Daher wird bei der Festlegung von Armutsschwellen der Median verwendet.

<sup>3</sup> Hier wird nur auf die derzeitigen EU-Mitglieder eingegangen. Dies sind in alphabetischer Reihenfolge des dreistelligen Länderschlüssels: AUT (Österreich), BEL (Belgien), BGR (Bulgarien), CYP (Zypern), CZE (Tschechische Republik), DEU (Deutschland), DNK (Dänemark), ESP (Spanien), EST (Estland), FIN (Finnland), FRA (Frankreich), GBR (Großbritannien), Griechenland (GRC), (HUN) Ungarn, IRL (Irland), ITA (Italien), LTU (Litauen), LUX (Luxemburg), LVA (Lettland), MLT (Malta), NLD (Niederlande), POL (Polen), PRT (Portugal), ROU (Rumänien), SVK (Slowakei), SVN (Slowenien) und SWE (Schweden).

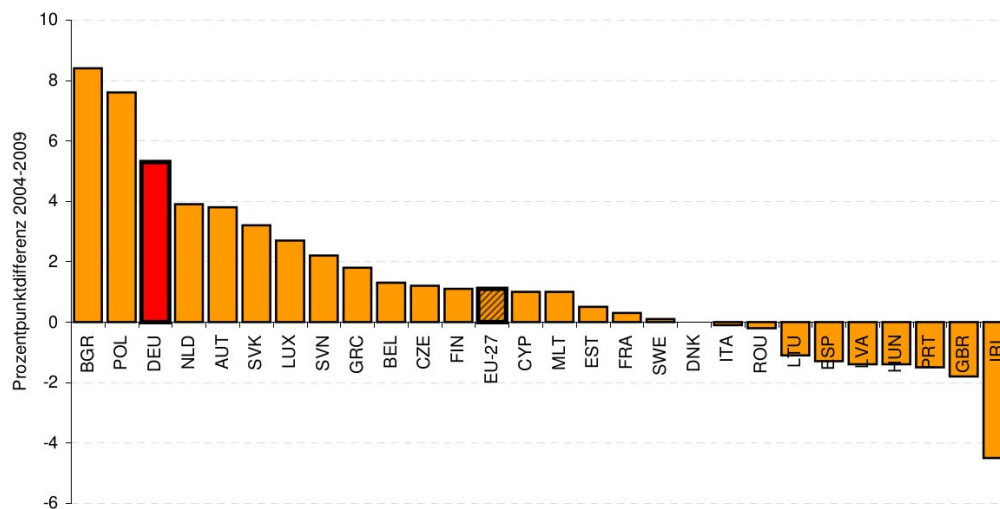
### 3 Das deutsche Paradox: Beschäftigungswunder und Armut

Auf den ersten Blick befindet sich Deutschland seit den Hartz-Reformen in einer komfortablen Situation: Wie die Abbildungen 1 und 2 zeigen, sind die Beschäftigungsquoten zwischen 2004 und 2009 stärker gestiegen und die Arbeitslosenquote stärker gefallen als in den meisten anderen Ländern Europas. In Europa hatten nur Bulgarien und Polen einen stärkeren Anstieg der Beschäftigungsquoten zu verzeichnen als die Bundesrepublik mit 5,3 Prozentpunkten. Auch das Niveau der Beschäftigungsquote war 2009 mit 70,3 Prozent im europäischen Vergleich eher hoch. Die Arbeitslosenquote ist um 2,7 Prozentpunkte gefallen und lag 2009 allerdings noch bei 7,8 Prozent und damit im europäischen Mittelfeld.

Ein Blick auf die Entwicklung der Armutsquoten unter den Beschäftigten und den Arbeitslosen zeigt jedoch, dass die Erwerbsbevölkerung in der Bundesrepublik von dieser scheinbar herausragenden Entwicklung nicht profitiert hat. So zeigt Abbildung 3, dass die Armutsquoten unter den Beschäftigten in Deutschland und Spanien mit 2,2 Prozentpunkten stärker gestiegen sind als in der übrigen EU. Dadurch lebten im Einkommensjahr 2009 immerhin 7,1 Prozent der Beschäftigten in einem armutsgefährdeten Haushalt. Dieses Niveau liegt ziemlich genau in der Mitte der EU-Länder. Noch deutlicher wird dies bei einem Blick auf die Entwicklung der Armutsquoten unter den Arbeitslosen in Abbildung 4. Danach ist die Quote in der Bundesrepublik seit den Hartz-Reformen um 29,1 Prozentpunkte und damit weitaus stärker als in jedem anderen EU-Land gestiegen. Die Konsequenz ist, dass in Deutschland 2009 70 Prozent aller Arbeitslosen in einem armutsgefährdeten Haushalt lebten. Dieser Wert liegt nicht nur weitaus höher als der EU-Durchschnitt von 45,2 Prozent, sondern auch deutlich über dem zweithöchsten Wert in Europa, welcher von Litauen (55,6 Prozent) erreicht wird.

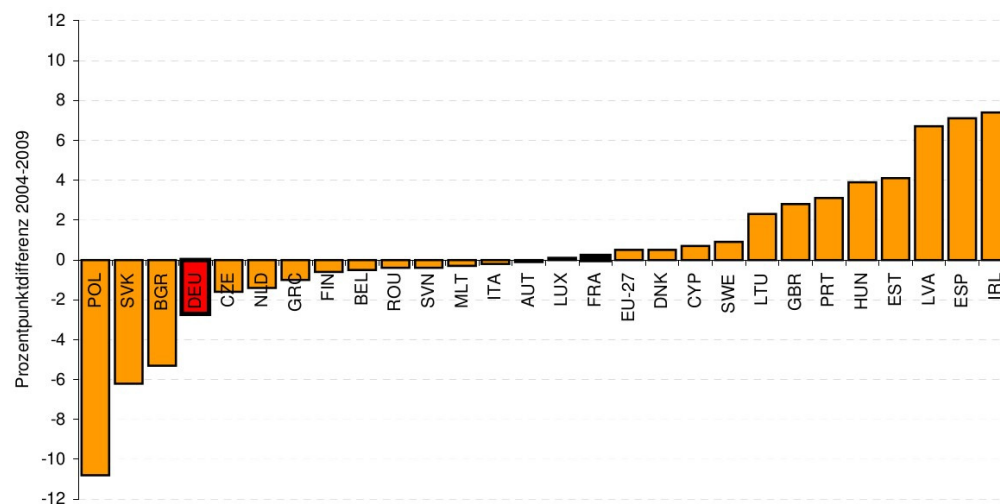
Der hohe Anteil Arbeitsloser, der in einem armutsgefährdeten Haushalt lebt, sinkt naturgemäß, wenn man eine niedrigere Armutsschwelle anlegt. Wählt man eine Armutsgrenze von 50 Prozent des Median, befinden sich jedoch noch immer 54,1 Prozent der Arbeitslosen in einem Armutskontext. Sowohl bezüglich des Niveaus als auch bei der Entwicklung bleibt die internationale Spitzenstellung somit erhalten.

Abb. 1: Entwicklung der Beschäftigungsquoten in der EU, 2004-2009



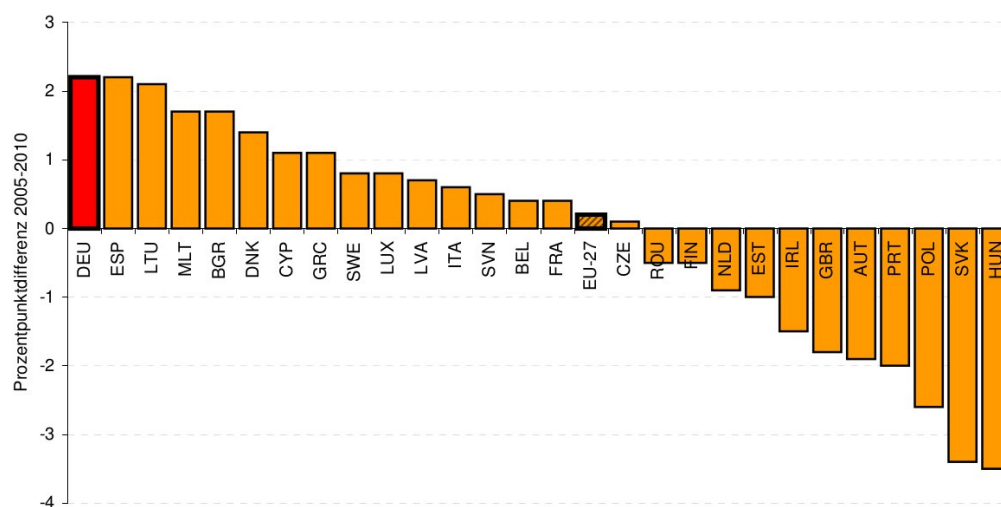
Quelle: Eurostat. Anmerkung: Beschäftigte in Prozent der 15-64jährigen. Differenz 2004-2009 in Prozentpunkten. GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Abb. 2: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in der EU, 2004-2009



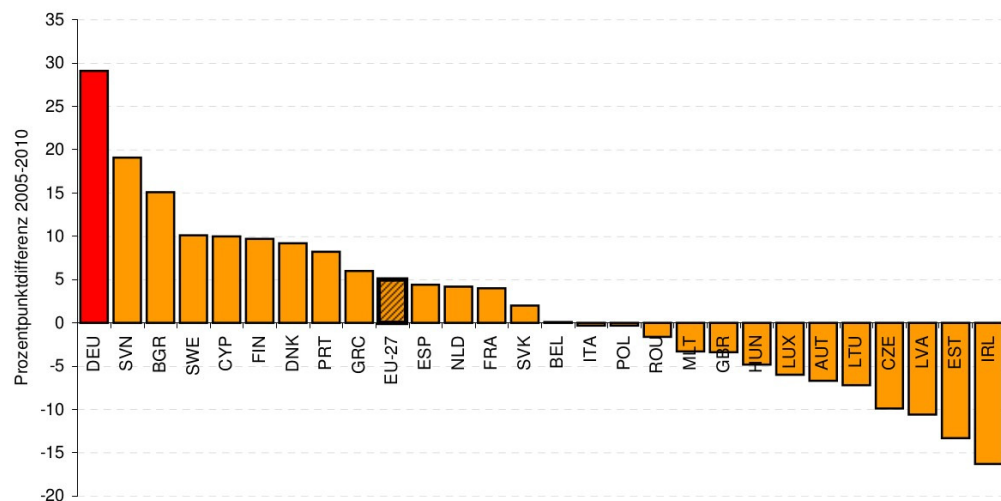
Quelle: Eurostat. Anmerkung: Differenz der Arbeitslosenquoten 2004-2009 in Prozentpunkten. GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Abb. 3: Entwicklung der Armutsquoten unter Beschäftigten Einkommensjahre 2004-2009



Quelle: Eurostat. Anmerkungen: GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Abb. 4: Entwicklung der Armutsquoten unter Arbeitslosen, Einkommensjahre 2004-2009



Quelle: Eurostat. Anmerkungen: GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

## 4 Ursachen

Im europäischen Vergleich sticht die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes erstens durch das Nebeneinander von beeindruckendem Beschäftigungswachstum und zunehmender Arbeitsarmut hervor. Zweitens kombiniert die Entwicklung in der Bundesrepublik eine sinkende Arbeitslosigkeit mit einer wachsenden Armutsgefährdung unter den verbleibenden Arbeitslosen. Was sind die Ursachen dieser Entwicklungen?

### 4.1 Woher kommt die Arbeitsarmut?

Eine scheinbar elegante Möglichkeit, den Anstieg der Arbeitsarmut und der Beschäftigung zu erklären besteht darin, auf Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur zu verweisen. In den letzten Jahren haben die Teilzeitarbeit, die befristete Beschäftigung und die Soloselbständigkeit zugenommen (Schulze Buschoff und Schmidt 2005; Seils 2009). Diese sind gegenüber dem Normalarbeitsverhältnis mit

Tabelle 1: Beschäftigungsformen als Anteil der Gesamtbeschäftigung, 2004-2009

	<i>Soloselbstän- dige</i>	<i>Befristet Be- schäftigte</i>	<i>Teilzeit- beschäftigung</i>
DEU Differenz	+0,3	+2,1	+3,4
DEU Rang	10	5-6	4
EU-27 Mittel- wert	-0,4	-0,2	+1,4
EU-27 (Standardabwei- chung)	1,6	2,7	1,6

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Basis von Eurostat.

Anmerkungen: Differenzen in Prozentpunkten 2004-2009, GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Rang misst den Zuwachs Deutschlands relativ zu anderen Ländern. Darunter ist das arithmetische Mittel für die EU-27 und die Standardabweichung angegeben.

einem deutlich erhöhten Armutsrisiko verbunden. So betrug die Armutsgefährdungsquote der befristet Beschäftigten im Einkommensjahr 2009 in den EU-27 Ländern durchschnittlich 12,9 Prozent. Bei den Festangestellten war der Anteil mit 5,2 Prozent hingegen weniger als halb so groß. Ein ähnlicher Unterschied besteht zwischen Vollzeitbeschäftigten bzw. Teilzeitbeschäftigten. Bei letzteren betrug die Armutsgefährdungsquote am Ende des Untersuchungszeitraumes 12,5 Prozent, während die Armutsquote der Vollzeitbeschäftigten mit 5,4 Prozent deutlich niedriger ausfiel. Der Anstieg der Arbeitsarmut in Deutschland wäre demnach auf die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen zurückzuführen, welche häufig prekär sind (Brehmer und Seifert 2008). Alternativ könnte man vermuten, dass die Ar-

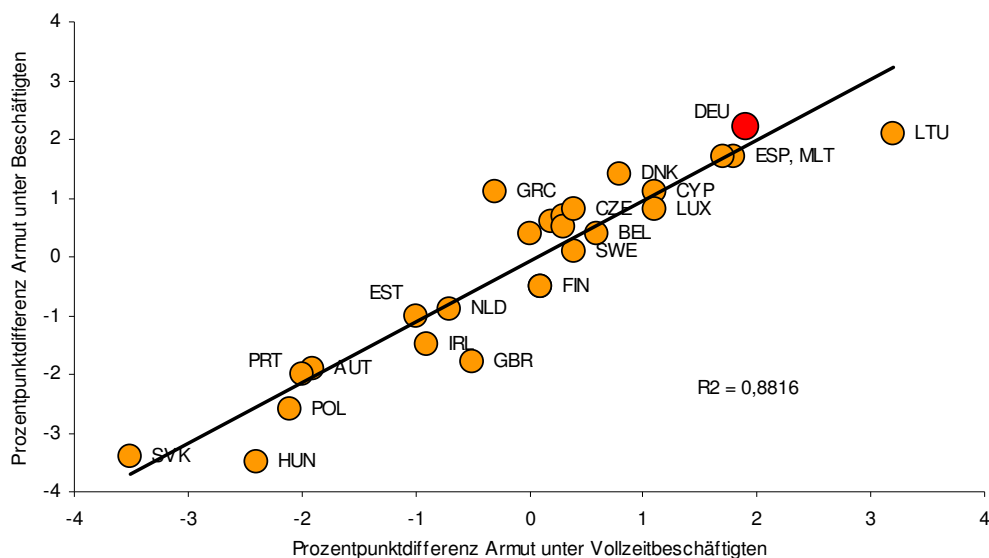
beitsarmut unabhängig von der Beschäftigungsform in der Breite zugenommen hat.

Eine erste Möglichkeit zwischen den beiden Hypothesen zu differenzieren besteht darin zu prüfen, ob es in der Bundesrepublik einen im internationalen Vergleich auffälligen Anstieg der atypischen Beschäftigung gegeben hat. Die Daten in Tabelle 1 lassen erste Zweifel daran aufkommen, dass der Anstieg der Arbeitsarmut auf den Zuwachs an atypischer Beschäftigung zurückzuführen ist. Zwar hat sich der Anteil atypischer Beschäftigung in Deutschland bedenklich erhöht, erscheint aber dennoch nicht hinreichend, um den im EU-Vergleich stärksten Anstieg der Arbeitsarmut zu erklären. So hat die Soloselbständigkeit ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigung zwischen 2004 und 2009 nur um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Dieser Anstieg liegt im europäischen Mittelfeld. Auch der Anstieg der befristeten Beschäftigung nimmt mit 2,1 Prozentpunkten in Europa nur den 5. bis 6. Rang ein. Der Zuwachs liegt innerhalb einer Standardabweichung um den europäischen Durchschnitt. Der Anstieg bei der Teilzeit kommt als Erklärungsfaktor schon eher in Betracht. Nur in Irland, Spanien und Österreich hat der Anteil der Teilzeit an der Gesamtbeschäftigung stärker zugelegt als in Deutschland.

Möglicherweise ist der enorme Anstieg der Arbeitsarmut aber darauf zurückzuführen, dass die Armutgefährdung der atypischen Beschäftigung in Deutschland stärker gestiegen ist als in anderen Ländern. Es ist daher erforderlich zu überprüfen, wie sich der Anstieg der Arbeitsarmut in den verschiedenen Beschäftigungsformen im internationalen Vergleich darstellt. Dazu bieten die Abbildungen A.1 bis A.4 im Appendix aufschlussreiche Informationen für Beschäftigungsverhältnisse mit unterschiedlicher vertraglicher Basis und vereinbarter Arbeitszeit: Erstens zeigt sich, dass die Arbeitsarmut in der Bundesrepublik in allen Beschäftigungsformen ansteigt. Zweitens ist der Anstieg in der Bundesrepublik international besonders in den Standarderwerbsformen auffällig. Deutschland weist den zweitgrößten Zuwachs bei der Arbeitsarmut unter den Festangestellten und den Vollzeitbeschäftigten auf. Bei den befristet Beschäftigten (Rang 3) und den Teilzeitbeschäftigten (Rang 5) ist der Anstieg der Altersarmut aus vergleichender Perspektive weniger auffällig. Die Zuwächse in den beiden zuletzt genannten Gruppen sind wesentlich höher als etwa bei der Vollzeitbeschäftigung. Allerdings stellen die befristet Beschäftigten 2009 nur 14,6 Prozent und die Teilzeitbeschäftigten nur ein Viertel der Gesamtbeschäftigung. Dies hat zur Folge, dass sie ein entsprechend geringes Gewicht in der Gesamtentwicklung haben.



Abb. 5: Entwicklung der Arbeitsarmut, Einkommensjahre 2004-2009



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: GBR Einkommensjahre 2005-2009, ROU Einkommensjahre 2006-2009.

Im Rahmen dieser einfachen Analyse kann nun abschließend noch die Entwicklung der Armut unter Vollzeitbeschäftigten mit der der Arbeitsarmut in der Gesamtbeschäftigung verglichen werden. Wenn sich die Armut in den beiden Gruppen identisch entwickelt hat, dann besteht kein Anlass mehr davon auszugehen, dass die Arbeitsarmut durch die Entwicklung bestimmter Beschäftigungsformen getrieben wird, während die Standarderwerbsform der Vollzeitbeschäftigung davon unberührt bleibt.

In der Tat zeigt das Streudiagramm in Abbildung 5, dass sich die Arbeitsarmut in den beiden Gruppen praktisch identisch entwickelt hat. Dies legt nahe, dass die Entwicklung der Arbeitsarmut nicht allein durch atypische Beschäftigungsformen dominiert wird, in denen sie besonders verbreitet ist. Vielmehr beobachten wir in Deutschland eine Prekarisierung auch der Beschäftigungsformen, welche dem Normalarbeitsverhältnis zugerechnet werden. Dies kann auf verschiedenen Wegen geschehen: Erstens können Leiharbeit und Soloselbständigkeit durchaus Vollzeittätigkeiten sein. Zweitens können unterschiedliche Beschäftigungsformen in einem Haushalt zusammenkommen und diesen somit aus der Armut heben bzw. in die Armut hineinziehen. Drittens kann auch unbefristete Vollzeitbeschäftigung von Arbeitnehmern niedrig entlohnt sein. Die Liste ist keineswegs vollständig, da neben den Arbeitseinkommen und der Haushaltszusammensetzung auch andere Einkommensarten einen Einfluss auf das Wohlstandsniveau eines Haushalts haben. Obschon diese Ergebnisse landläufigen Meinungen diametral widersprechen, ist dies in der Wissenschaft längst etabliert (Strengmann-Kuhn 2001). Somit dürfte deutlich sein, dass die Entwicklung der Arbeitsarmut nicht durch wenige, isolierte Beschäftigungsformen getrieben wird, sondern gleichsam die Breite des Arbeitsmarktes erfasst hat.

#### 4.2 Woher kommt die Armut unter Arbeitslosen?

Diese Frage soll im Folgenden auf der Basis eines sehr einfachen Regressionsmodells nachgegangen werden, dessen Ergebnis in Tabelle 2 wiedergegeben ist. Die abhängige Variable ist die Prozentpunktdifferenz der Armutsquoten unter Arbeitslosen der Einkommensjahre 2009 und 2004. In das Modell gehen lediglich die Differenz der Arbeitslosenquoten ( $\Delta$  Arbeitslosenquote) und die Entwicklung der Ausgaben für Arbeitslosigkeit (als Anteil des BIP) pro 1 Mio. Arbeitslose<sup>4</sup> ( $\Delta$  Ausgaben) der Jahre 2009 und 2004 ein.

Eingangs wurde gefragt, wie die Armut unter Arbeitslosen steigen kann, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Die Ergebnisse dieses einfachen Modells legen nun nahe, dass eine sinkende Arbeitslosenquote zu einem Anstieg der Armutsquote unter Arbeitslosen führt. Dieser (auf dem 10-Prozent Niveau) signifikante Zusammenhang rührt einfach daher, dass eine sinkende Arbeitslosigkeit mit einem wachsenden Anteil von Arbeitslosen verbunden ist, der den Anspruch auf eine Versicherungsleistung erschöpft haben und deshalb bestenfalls Leistungen nach SGB II beziehen können.

Was hat die Politik gegen die wachsende Armut unter Arbeitslosen getan? Akzeptiert man ein Signifikanzniveau von 10 Prozent, dann zeigt das Ergebnis der Analyse, dass steigende Ausgaben für Arbeitslosigkeit pro Arbeitslosen mit einer sinkenden Armut unter Arbeitslosen einhergehen. In der Bundesrepublik sind die Ausgaben für Arbeitslosigkeit als Anteil des BIP in dieser Periode jedoch beinahe so schnell gesunken, wie die Zahl der Arbeitslosen. Im Ergebnis sind somit die Ausgaben pro Arbeitslosem trotz steigender Armut unter Arbeitslosen praktisch konstant geblieben.

Tabelle 2: Determinanten der Armut unter Arbeitslosen, 2004-2009

	<i>Modell I</i>
$\Delta$ Arbeitslosenquote	-0,62*
$\Delta$ Ausgaben für Arbeitslosigkeit	-0,98*
Konstante	1,72
R <sup>2</sup>	22,1
n	27

Quelle: Eurostat

Anmerkung: Robuste Standardfehler.  $\Delta$  Veränderungen in Prozentpunktdifferenzen. GBR Einkommensjahre 2005-2009, ROU Einkommensjahre 2006-2009.\* Signifikant auf dem 10%-Niveau.

Die Politik hat also zu wenig unternommen, um die Armut unter Arbeitslosen einzudämmen.

<sup>4</sup> Die Standardisierung durch das BIP ist erforderlich, weil Währungsdifferenzen bestehen. Die Arbeitslosen wurden in Millionen ausgedrückt, weil sonst zu viele Nachkommastellen mit Nullen besetzt gewesen wären. Inhaltlich ergibt sich dadurch freilich kein Unterschied.

## 5 Fazit

Sowohl die Arbeitsarmut als auch die Armut unter Arbeitslosen sind in der Bundesrepublik seit den Hartz-Reformen stärker gestiegen als in allen anderen EU-Ländern. Das Niveau der Arbeitsarmut hat in Deutschland seit dem Einkommensjahr 2004 um 2,2 Prozentpunkte zugelegt und nach den letzten verfügbaren Zahlen 2009 mit 7,1 Prozent das europäische Mittelfeld erreicht. Die wachsende Arbeitsarmut in der Bundesrepublik ist dabei nicht allein das Ergebnis einer Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, sondern kommt gleichsam aus der Breite. Die Arbeitsarmut hat im Bereich der Vollzeitbeschäftigung ähnlich zugenommen wie in der Gesamtbeschäftigung.

Die Armutsgefährdung unter Arbeitslosen ist seit Beginn der Erhebungen durch Eurostat im Einkommensjahr 2004 um 29,1 Prozentpunkte gestiegen und liegt nach den letzten verfügbaren Zahlen bei 70 Prozent. Dies bedeutet, dass 2009 70 Prozent der Arbeitslosen in einem Haushalt lebten, dessen Wohlstandsniveau unter der Armutsschwelle von 60 Prozent des bedarfsgewichteten nationalen Medianeinkommens liegt. Die Politik hat zu wenig unternommen, um die Armutsgefährdung der Arbeitslosen in Deutschland einzudämmen.

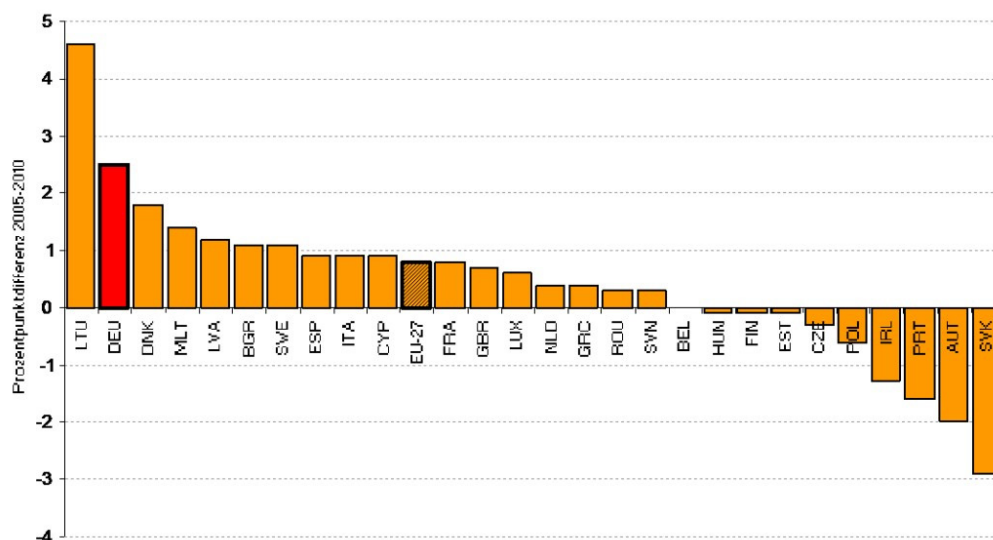
## Literatur

- Brehmer, Wolfram, und Hartmut Seifert. 2008. Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 41 (4): 501-531.
- Deckl, Silvia. 2011. Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung. In *Datenreport 2011*, Hrsg. Statistisches Bundesamt und WZB, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deckl, Silvia und Mitarbeiterinnen. 2010. Leben in Europa 2009. *Wirtschaft und Statistik* 2010 (12): 1098-1109.
- European Commission. 2012. *Employment and Social Developments in Europe 2011*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Eurostat. 2012. *Income and Living Conditions*. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_SDDS/EN/ilc\\_esms.htm](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_SDDS/EN/ilc_esms.htm) (Stand: 14.05.12).
- Ringen, Stein. 2006 [1987]. *The Possibility of Politics*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Schulze Buschoff, Karin, und Claudia Schmidt. 2005. Die Status-Mobilität der Solo-Selbstständigen und ihre soziale Absicherung im europäischen Vergleich. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* (4): 531-553.
- Seils, Eric. 2009. Die Sozialversicherung im internationalen Vergleich. *WSI Mitteilungen* 62 (7): 347-354.

Strengmann-Kuhn. 2001. Arm trotz Erwerbstätigkeit in Deutschland - Folge der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses? In *Die Armut der Gesellschaft*, Hrsg. Eva Barlösius und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, 131-150. Opladen: Leske + Budrich.

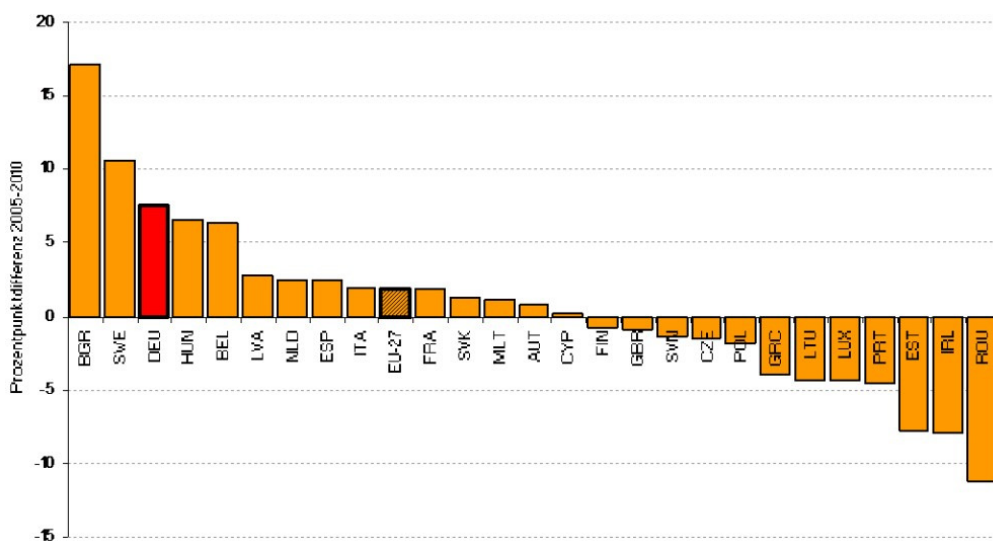
## Appendix

Abb. A1: Armutsquote der Arbeitnehmer mit Festanstellung, Einkommensjahre 2004-2009



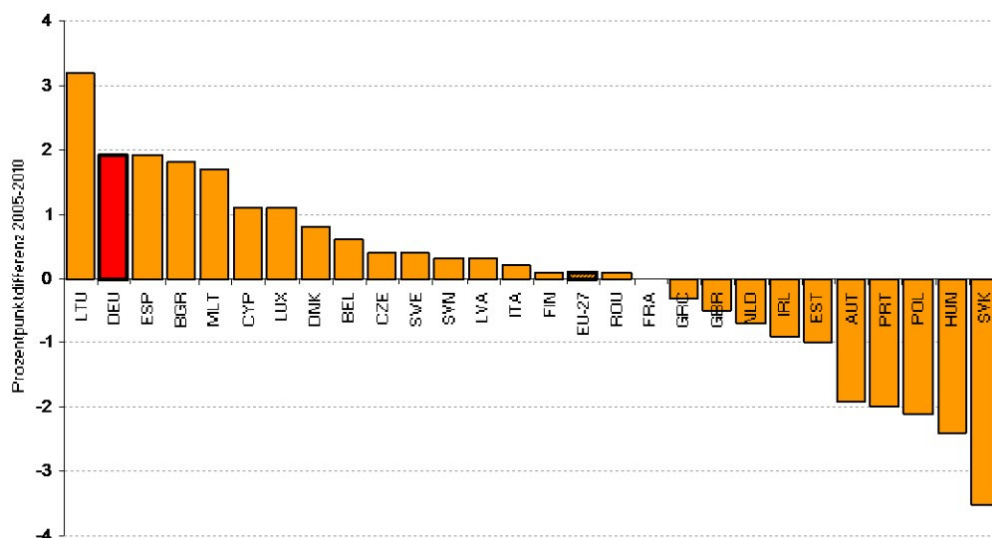
Quelle: Eurostat.  
Anmerkungen: BGR & GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Abb. A2: Armutsquote der Arbeitnehmer mit Befristung, Einkommensjahre 2004-2009



Quelle: Eurostat.  
Anmerkungen: BGR & GBR 2005-2009, keine Daten für DNK.

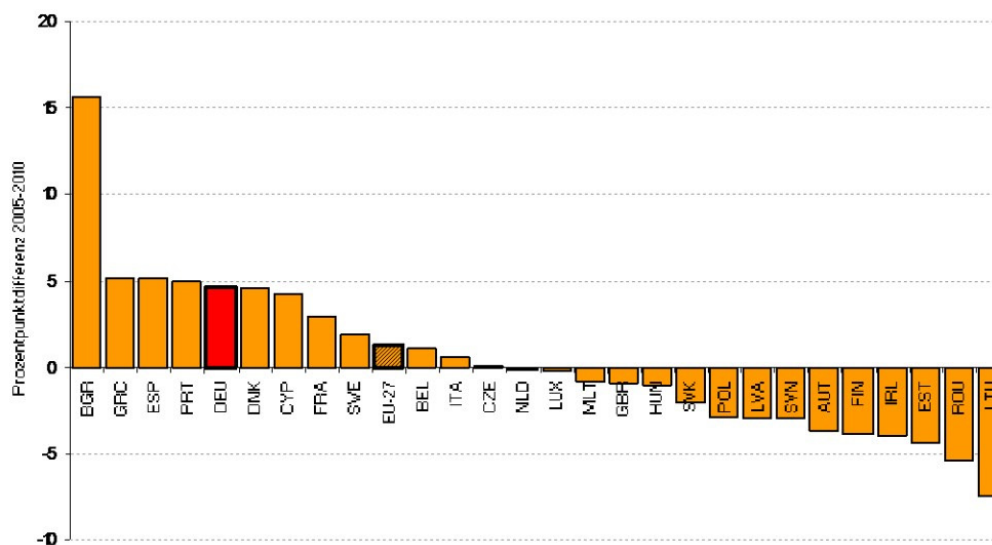
Abb. A3: Armutsquote der Vollzeitbeschäftigten, Einkommensjahre 2004-2009



Quelle: Eurostat

Anmerkungen: BGR & GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Abb. A4: Armutsquote der Teilzeitbeschäftigten, Einkommensjahre 2004-2009



Quelle: Eurostat.

Anmerkungen: BGR & GBR 2005-2009, ROU 2006-2009.

Herausgeber: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-205, Telefax 0211 7778-190

**Redaktionsleitung:** Prof. Dr. Brigitte Unger

**Pressekontakt:** Rainer Jung, 0211 7778-150

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler  
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.